

38

79

Union in Deutschland

Bonn, den 8. November 1979

Sicherung der Zukunft

Umweltschutz und Entbürokratisierung von Staat und Gesellschaft sind zwei wichtige Probleme, zu deren Lösung im Interesse der Sicherung unserer Zukunft die Union noch in diesem Jahr als erste Partei in der Bundesrepublik Deutschland umfassende Programme vorlegen wird. Der Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 5. November 1979 in Bonn diese Programme in erster Lesung beraten.

Kernpunkt des Programms „Für eine menschliche Gesellschaft freier Bürger“ ist ein wissenschaftlich fundiertes und politisch praktikables Konzept zur Entbürokratisierung, das von einer Ad-hoc-Kommission auf der Grundlage der Ergebnisse des stark beachteten Fachkongresses der CDU vom 19./20. April 1979 erarbeitet worden ist.

Das umweltpolitische Programm wurde vom Bundesfachausschuß Energie- und Umweltpolitik nach mehr als einjähriger Arbeit vorgelegt und wird Anfang Dezember vom Bundesvorstand als Vorlage für den Kleinen Parteitag am 10. Dezember 1979 in Berlin abschließend beraten werden. Mit diesem Programm wird die Union auch in diesem Bereich die entsprechenden Aussagen ihres Grundsatzens vom Oktober 1978 konkretisieren.

Die Herausforderung des gewandelten Umweltverständnisses vieler Bürger an den Staat und die

(Weiter auf Seite 2)

■ INFORMATION

Gegen Verbandsklagerecht für
Umweltschutzverbände Seite 2

■ BILDUNGS- GESAMTPLAN

SPD/FDP gefährden Einheit-
lichkeit unseres Bildungs-
wesens Seite 5

■ SICHERHEITS- POLITIK

Rückfall in die Methoden des
kalten Krieges Seite 7

■ DEUTSCHLAND

Neue Pauschalregelung kritisch
überprüfen Seite 8

■ ANALYSE

Die SPD befindet sich
mitten in einer tiefen Identitäts-
krise Seite 11

■ CDU BERLIN

Ein offenes Ohr für die Sorgen
und Nöte der Bürger Seite 14

■ DOKUMENTATION

Union: Partei der Vermögens-
bildung grüner Teil

■ ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT

Gesamtangebot rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Parteien geht vor dem Hintergrund dieser neuen Orientierung weit über die Sicherung von reiner Luft und sauberem Wasser, über den Schutz vor Lärm oder über die Bewahrung unserer Pflanzen- und Tierwelt sowie der Landschaftsstruktur hinaus, stellt Heiner Geißler fest. Die Politik muß auf allen Ebenen grundsätzlich und nicht nur durch Korrekturen am Rande der ökologischen Wende als Ausdruck einer sich wandelnden Werthaltung der Bürger entsprechen.

Die CDU hat deshalb auch als erste Partei in der Bundesrepublik Deutschland in ihrem Grundsatzprogramm die traditionellen wirtschaftspolitischen Zie-

le der Vollbeschäftigung, der Geldwertstabilität und des stetigen Wachstums um die Sicherung der ökologischen Zukunft unseres Gemeinwesens als viertes Ziel ergänzt.

Wichtig für eine erfolgreiche Umweltpolitik ist, daß das wachsende Verständnis vieler Bürger für die Grenzen der Belastbarkeit ihrer Umwelt ihre Bereitschaft zu einem umweltgerechten Verhalten in erfreulichem Maße hat ansteigen lassen. Für die CDU ist diese Bereitschaft eine unabdingbare Voraussetzung für einen dauerhaften Erfolg staatlicher Umweltpolitik. Denn sie vertraut vorrangig auf die Einsicht und Verantwortung der Bürger und nicht auf staatliche Reglementierungen.

■ INFORMATION

Gegen Verbandsklagerecht für Umweltschutz- verbände

Bundesinnenminister Gerhart Baum hat die Einführung der Verbandsklage für Umweltschutzverbände noch in dieser Wahlperiode des Deutschen Bundestages gefordert. Nach Auffassung von MdB Horst Waffenschmidt, Bundesvorsitzender der KPV, ist ein Verbandsklagerecht für Umweltschutzverbände aus mehreren Gründen abzulehnen.

Ein zusätzliches Klagerecht würde entscheidende Entwicklungsaufgaben für das Allgemeinwohl weiter hinauszögern. Die bestehenden Klagerechte betroffener Bürger zur Überprüfung der Entscheidungen von Bund, Ländern und

Gemeinden reichen aus. Zusätzliche und erweiterte Klagemöglichkeiten beinhalten erhebliche Gefahren für die notwendigen Handlungsmöglichkeiten der von den Bürgern gewählten Parlamente und der nach Verfassung und Gesetz zuständigen Verwaltungen.

CDU und CSU sehen im Umweltschutz eine entscheidende und vorrangige Aufgabe in Bund, Ländern und Gemeinden, die mit den notwendigen Entwicklungsaufgaben — zum Beispiel im Städtebau, bei der Verkehrsinfrastruktur und im Energiebereich — koordiniert werden müssen. Die Unionsparteien setzen sich mit Nachdruck ein für das intensive Gespräch und die Zusammenarbeit mit den Bürgern bei allen Aufgaben für den Umweltschutz. Dazu sind insbesondere die Kommunalpolitiker der Unionsparteien bereit.

Nach der Phase des Gesprächs und der Beratungen müssen aber auch die notwendigen Entscheidungen kommen, und die haben die Parlamente, die Re-

gierungen und Verwaltungen zu treffen, die dazu von den Bürgern einen Auftrag für das Allgemeinwohl haben. Unsere Demokratie muß auch bei den Entwicklungsaufgaben für die Zukunft entscheidungsfähig bleiben. Wir dürfen nicht zu einer Republik werden, in der notwendige Entscheidungen für die Zukunftssicherung aufgehoben oder nicht mehr getroffen werden. Für unseren Rechtsstaat würde es nicht förderlich sein, wenn er immer mehr ein Rechtsmittelstaat würde.

Millionenbetrug beim Straßenbau

Die „Bemerkungen des Bundesrechnungshofes (BRH) zur Bundeshaushaltsrechnung“, die der Präsident des Bundesrechnungshofes dem Bundestag alljährlich zuleitet, enthalten immer wieder handfeste Kritik an der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes. Es geht dabei oft um horrenden Beträge. Eklatante Beispiele dafür hat, dem Curt-L.-Schmitt-Brief vom 26. Oktober 1979 zufolge, der BRH im Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und hier speziell im Rechnungsbereich Bundesfernstraßenbau aufgezeigt.

In diesem Bereich entdeckte der BRH (für 1977) viele falsche Abrechnungen; er kam auch umfangreichen Manipulationen zwischen Auftragnehmern und Bediensteten der Straßenbauverwaltung auf die Spur.

Da die Originalunterlagen vielfach „nicht mehr auffindbar“ sind, ließ der BRH von sich aus Abrechnungshöhen und Ist-Höhen z. B. von Erdbewegungen durch Bohrgutachten und Luftbildauswertung so exakt aufhellen, daß die Verfälschung der den Abrechnungen zugrunde liegenden Nivellements nachgewiesen werden kann. Es handelt sich

um vorgetäuschte Erdbewegungen von vielen hunderttausend Kubikmetern und um Überzahlungen von vielen Millionen DM.

Wohnraumknappheit verlängert Studienzeit

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) hat darauf hingewiesen, daß im kommenden Wintersemester in fast allen Hochschulorten weit weniger Wohnraum für Studenten zur Verfügung stehen wird, als notwendig wäre, und daß daran vor allem die Verzögerungen beim Bau von Studentenwohnheimen schuld sind.

Die unbefriedigende Lage des Studentenwohnraums kann zur Verlängerung der Studienzeiten führen und behindert somit die vorrangigen bildungspolitischen Ziele einer Studienzeitverkürzung. Um die Bundesregierung dazu zu bewegen, stärkere Anstrengungen bei der Förderung des Baus von Studentenwohnheimen zu unternehmen, hat die CDU/CSU die Bundesregierung u. a. gefragt, wie sich die Förderung des Studentenwohnraums durch Bund und Länder in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu den steigenden Studentenzahlen entwickelt habe und wie sich die Bundesregierung die Tatsache erkläre, daß die Mittel für den Studentenwohnraumbau in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft worden seien.

Die offene deutsche Frage

Am 20. November veranstaltet die CDU im Kleinen Saal des Konrad-Adenauer-Hauses in Bonn von 10 bis 16 Uhr ein Symposium über die offene deutsche Frage im Zeichen der Wechselwirkung zwischen Deutschlandpolitik und der allgemeinen Ost-West-Politik. Die sich daraus ergebenden Themen sind u. a.

die derzeitige sicherheitspolitische Debatte und ihre Auswirkungen auf Deutschland, die Rolle der DDR im Ostblock, das Verhältnis der Regierung in Ost-Berlin zur eigenen Bevölkerung, die Achtung der Menschenrechte in Deutschland, die innerdeutschen Beziehungen und der Fortgang der Diskussion über Nation, Nationalität und neue deutschlandpolitische Modelle. Namhafte Wissenschaftler, Journalisten und Politiker werden über diese Fragen diskutieren.

Radfahrer sind besonders gefährdet

Nach Ansicht des verkehrspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dieter Schulze, würden die Bundesbürger gern mehr Fahrrad fahren, wenn die Verkehrsbedingungen — vor allem in den Innenstädten — besser wären. 85 Prozent der Haushalte und 60 Prozent der Bürger besitzen ein Rad, werden aber durch die fahrradfeindliche Verkehrsinfrastruktur von einer verstärkten Nutzung abgehalten.

Freizeitzentrum als Kommunistenschule?

Thomas Erdner, Gymnasiallehrer und Personalratsvorsitzender, der der DKP angehören soll, beschäftigt dem „Hamburger Abendblatt“ zufolge wieder die Politiker. CDU-Fraktionsvorsitzender Jürgen Echternach will vom Senat in einer Kleinen Anfrage wissen, ob Erdner ein ihm gehörendes Freizeitzentrum zur Schulung von Kommunisten einsetzt, ob dort auch mit Schülern kommunistische Schulung betrieben werde, und ob es wahr sei, daß Schulsenator Joist Grolle oder einer seiner Beauftragten Thomas Erdner empfahl, „DKP-Versammlungen in seinem Freizeitheim

wenigstens so lange nicht zu veranstalten, wie seine Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit noch nicht feststehe“.

5 000 DDR-„Experten“ in Afrika

Etwa 5 000 bis 7 000 militärische Experten hat Ost-Berlin zur Zeit in acht afrikanischen Staaten stationiert, darunter vor allem in Angola, Mocambique und Benin. Das erklärte der entwicklungspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Jürgen Todenhöfer, vor der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft in West-Berlin. Die DDR-Fachleute seien vor allem im Sicherheitsbereich, bei der Polizei, beim Militär sowie in Gefängnissen, Straflagern und im Nachrichtenwesen tätig. Todenhöfer wies zugleich darauf hin, daß Ost-Berlin jährlich etwa 200 Millionen Mark für militärisches Material in Schwarzafrika ausbebe.

CDU/CSU-Delegation in Ottawa

Auf Einladung der Progressiv-Konservativen Partei Kanadas (PCP) hielt sich als Erwiderung eines Besuches der kanadischen Konservativen im Mai 1978 bei den Unionsparteien in Bonn eine CDU- und CSU-Delegation unter der Leitung von Alfred Dregger in Kanada auf und führte Gespräche mit dem kanadischen Ministerpräsidenten Joe Clark, mehreren Kabinettsmitgliedern und der Parteiführung der kanadischen Konservativen. Beide Seiten unterstrichen, wie wichtig es sei, daß alle NATO-Mitgliedsländer ihre in der Allianz übernommene Verpflichtung zur Erhöhung des Verteidigungshaushalts erfüllen, damit das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West wiederhergestellt wird.

■ BILDUNGSGESAMTPLAN

SPD/FDP gefährden Einheitlichkeit unseres Bildungswesens

Der Deutsche Bundestag stand in dieser Woche im Zeichen einer ausführlichen Debatte über die Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes, die durch eine Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausgelöst worden war. Die schulpolitischen Alleingänge von SPD und FDP haben seit der Verabschiedung des ersten Bildungsgesamtplanes die Einheitlichkeit unseres Bildungswesens schwer belastet. Solange SPD und FDP auf derartige, ohne Rücksicht auf die betroffenen Schüler, Eltern und Lehrer begonnene Alleingänge nicht verzichten, ist eine solide Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes schwer vorstellbar.

Das war der Kernpunkt der Ausführungen aller Sprecher der Union, sowohl der bildungspolitischen Experten der Bundestagsfraktion als auch der Vertreter der von CDU/CSU geführten Bundesländer. Dieser einheitlichen Stellungnahme waren in den letzten Wochen eine Reihe von gemeinsamen Sitzungen vorangegangen.

So hatte die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der CDU/CSU auf ihrer Sitzung in Fulda am 18. Oktober einstimmig „Eckpunkte der CDU/CSU zur Bildungspolitik“ beschlossen. Dieser Beschluß erfolgte auf Antrag des Vorsitzenden der CDU-Fraktion des baden-württembergischen Landtages, Erwin

Teufel, MdL, und nach Erläuterung der „Eckpunkte“ durch den bildungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anton Pfeifer, MdB.

Die „Eckpunkte der CDU/CSU zur Bildungspolitik“ sind am 10. Oktober gemeinsam von den bildungspolitischen Experten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen von CDU und CSU bei einer Konferenz in Bonn unter Vorsitz von Anton Pfeifer, MdB, erarbeitet worden und anschließend in die Beratungen für schulpolitische Leitsätze der CDU eingegangen, die auf der bildungspolitischen Klausurtagung des Bundesfachausschusses der CDU für Kulturpolitik in Deidesheim am 12./13. Oktober diskutiert wurden. Nachfolgend faßt Generalsekretär Heiner Geißler die Haltung der Union zusammen und fordert die SPD dazu auf, in der Diskussion über die Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes zur Sachlichkeit zurückzukehren.

Das Ziel der CDU ist es, unserer jungen Generation bessere Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen und überall in unseren Schulen die „Wiedergewinnung des Erzieherischen“ zum Kernpunkt der Schulpolitik zu machen. Die Schule soll wieder vom gegenseitigen Vertrauen zwischen Eltern, Lehrern und Schülern getragen und nicht von Konflikten und Konflikttheorien geprägt sein. Es geht auch um das Recht der Eltern, für ihre Kinder den bestmöglichen Bildungsweg

frei wählen zu können, und um die Möglichkeit für alle Lehrer, ihre pädagogischen Fähigkeiten auf vielfältigen Bildungswegen zum Nutzen der Kinder und Jugendlichen zu entfalten.

Um diese bildungspolitischen Ziele zu erreichen, ist eine seriöse und solide Bildungsplanung erforderlich. Deshalb sind im Rahmen der Verhandlungen über die Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes noch einige wesentliche Voraussetzungen zu erfüllen, zu denen unter anderem gehören:

1. Alle Beteiligten müssen bereit sein, im Rahmen des föderativen Bildungswesens sich an die im Bildungsgesamtplan vereinbarten Grundlinien für die Entwicklung des Bildungswesens unseres Landes zu halten.

— In Hamburg, Bremen und Berlin wurde die integrierte Gesamtschule (ohne Rücksicht auf die spätere Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse) als eine Regelschule eingeführt. Dies ist ein einseitiger Bruch geltender Vereinbarungen aller Länder.

— In Nordrhein-Westfalen und Hessen wurde versucht, gegen den Willen der Eltern und ohne Rücksicht auf die Entwicklung des Schulwesens in den anderen Bundesländern die „Koop-Schule“ durchzusetzen.

— In NRW und Berlin wurde — übrigens auch im Gegensatz zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom Dezember 1976 — und ohne Rücksicht auf die Entwicklung in den übrigen Bundesländern das 10. Pflichtschuljahr an der Hauptschule eingeführt.

2. Der Bildungsgesamtplan muß eine solide Finanzierungsgrundlage und ein realisierbares Bildungsbudget erhalten, wenn nicht wiederum — wie beim Bildungsbericht '70 der Bundesregierung

— Hoffnungen und Erwartungen geweckt werden sollen, die hinterher nicht erfüllt werden können. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage zu klären sein, in welchem Ausmaß die Schulen künftig mit Lehrern versorgt werden können und welche Auswirkungen es auf das Leistungsniveau der Gesamtschulen haben wird, wenn sie nicht mehr wie derzeit die Versuchsschulen eine bis zu 40 Prozent bessere Lehrerversorgung haben können als die Schulen des gegliederten Schulwesens. Die Schüler aller Schularten sollen gleiche und faire Chancen haben. Deshalb ist es notwendig, alle Schulen gleich gut auszustatten. Derzeit ist es ungerecht, daß die integrierten Gesamtschulen in erheblichem Umfang besser ausgestattet sind als die anderen Schulen. Auf diese Weise wird der Öffentlichkeit sowie den betroffenen Eltern, Kindern und Jugendlichen bewußt Sand in die Augen gestreut.

3. Damit Schüler aller Schularten gleiche und faire Chancen erhalten, müssen ihre Leistungen nach gleichen Maßstäben bewertet werden.

Die CDU unterstützt Schulversuche mit neuen, weiterführenden pädagogischen Modellen, legt an sie aber in ihren Ergebnissen die gleichen Bewertungsmaßstäbe wie an die bestehenden Schularten. Das gebietet die Fairneß gegenüber allen Schülern in Haupt- und Realschulen, in Gymnasien und integrierten Gesamtschulen. Durch finanzielle Schulausstattung, durch Lehrerteilung, durch Ganztagsunterricht und unterschiedlich hohe Leistungsanforderungen an die Schüler dürfen die einen weder benachteiligt noch die anderen bevorzugt werden.

Deshalb kann die CDU einem fortgeschriebenen Bildungsgesamtplan nur

Rückfall in die Methoden des kalten Krieges

Zur aktuellen Diskussion um die Sicherheitspolitik erklärte Helmut Kohl vor dem CDU-Bundesvorstand in Bonn (5. November 1979):

Den jüngsten Erklärungen sowjetischer Funktionäre und von SED-Chef Honecker zur Haltung der NATO muß mit Nüchternheit und Gelassenheit zugleich begegnet werden. Moskaus Einschüchterungsversuche und Honeckers Drohungen sind ein Rückfall in die Methoden des kalten Krieges. Sie sind geeignet, die erklärte Verhandlungsbereitschaft von Generalsekretär Breschnew politisch zu entwerten. Sie ignorieren auch das positive Echo, das die Initiative Breschnews im Westen gefunden hat.

Doch erst die Verhandlungen selbst können die Ergebnisse bringen, die im Interesse der Sicherheit beider Bündnissysteme liegen. Drohungen im Vorfeld dieser Verhandlungen können nur als ein Zeichen mangelnden Interesses an für beide Seiten vorteilhaften Verhandlungsergebnissen gewertet werden.

Die Verhandlungsebenen sind auch der Sowjetunion und der DDR längst bekannt. Wenn Moskau will, können schon morgen konstruktive Fortschritte auf den Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa erzielt werden.

zustimmen, wenn eine verbindliche Rahmenvereinbarung der Kultusminister über die qualitative Vergleichbarkeit und Anerkennung der Abschlüsse des gegliederten Schulwesens und der integrierten Gesamtschule zustande kommt.

Maßgebend für diese Anerkennung sind die Regelungen und Bedingungen des gegliederten Schulwesens. Die Forderung, daß die Absolventen von Gesamtschulen die gleichen Leistungen überprüfbar erbringen müssen wie die Absolventen von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien, ist unverzichtbar, weil jede andere Regelung eine grobe Ungerechtigkeit gegenüber Hauptschülern, Realschülern und Gymnasiasten wäre. Auch die Absolventen von Gesamtschulen brauchen eine solche Vereinbarung, weil sonst wegen der fehlenden Anerkennung ihrer Abschlüsse ihre

weiteren Ausbildungs- und Berufschancen erheblich beeinträchtigt werden.

In diesem Zusammenhang zeugt es weder von Selbstbewußtsein noch von Redlichkeit gegenüber den betroffenen Eltern und Schülern, daß die teilweise negativen Ergebnisse in den Begleituntersuchungen zu Modellversuchen mit integrierten Gesamtschulen in SPD-regierten Ländern verschleiert werden oder die Gutachten überhaupt nicht oder erst nach „redaktioneller Überarbeitung“, wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen und Hessen, veröffentlicht werden.

Die CDU fordert die SPD mit großem Ernst auf, die Arbeiten in der Kommission der Kultusministerkonferenz zur Vergleichbarkeit der Abschlüsse durch Kompromißbereitschaft voranzubringen, anstatt einseitig vollendete Tatsachen zu schaffen.

■ DEUTSCHLAND

Neue Pauschalregelung kritisch überprüfen

Die CDU/CSU begrüßt jede Maßnahme, die zu Erleichterungen im innerdeutschen Bereich führt. Die beiden Vereinbarungen mit der DDR über die Neuregelung der Straßenbenutzungsgebühren wirken sich zum Vorteil all jener aus, die mit dem Kraftfahrzeug in und durch die DDR bzw. den Ostsektor Berlins fahren.

Dieser Aspekt der neuen Vereinbarungen wird auch von der CDU/CSU gebilligt, erklärt der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Olaf von Wrangel, stellvertretender Vorsitzender des innerdeutschen Ausschusses. Eine endgültige Wertung kann allerdings erst nach sorgfältiger Prüfung der Vereinbarungen erfolgen.

Positiv bewertet werden kann der gegenseitige Verzicht auf die Erhebung von Gebühren im gewerblichen Güter- und Personenverkehr, weil damit endlich Diskriminierungen und Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten unseres Kraftverkehrsgewerbes beseitigt werden.

Dieses gute Ergebnis ist vor allem auch ein Erfolg der CDU/CSU, denn auf ihr Drängen und ihre Initiative hin hat der Deutsche Bundestag am 1. Juni dieses Jahres den Kraftverkehr aus der DDR unserer Kraftfahrzeugsteuer unterworfen und damit die Voraussetzungen für den gegenseitigen Verzicht geschaffen. Nur aufgrund dieser Gegenmaßnahme

hat sich die DDR erstmals zu einem Verhalten bereit finden müssen, das unseren Interessen entspricht.

Dieses Beispiel unterstreicht, daß die CDU/CSU mit ihrer Forderung nach Festigkeit gegenüber der DDR die richtige Position vertritt.

Auch die Pauschalierung der Straßenbenutzungsgebühren für Privatreisende kommt den Menschen unmittelbar zugute. Es ist zu hoffen, daß dies zu einer Belebung des Reiseverkehrs in die DDR beiträgt. Sehr kritisch wird allerdings zu prüfen sein, ob die auf 10 Jahre fest vereinbarte Pauschale von jährlich 50 Millionen DM — insgesamt immerhin eine halbe Milliarde DM — eine angemessene Summe ist.

Auch wenn man berücksichtigt, daß es sich hierbei erneut um einen politischen Preis handelt, dürfte die Jahrespauschale — folgt man seriösen Schätzungen — um mindestens 10 Millionen DM zu hoch sein. Der Verdacht läßt sich nicht von der Hand weisen, daß die DDR die Gebühren für den gewerblichen Kraftverkehr, auf die sie jetzt gezwungenermaßen verzichten mußte, im Umweg über die Pauschale doch weiterhin kassiert. Ein solches Scheingeschäft würde bei der CDU/CSU auf scharfe Ablehnung stoßen.

Und noch eines muß festgestellt werden: Ebenso wie die Transitpauschale ist auch die neue Pauschalregelung losgelöst vom tatsächlichen Verkehrsaufkommen. Die DDR kann also diese Beträge langfristig als feste Etatposten für sich buchen, ist aber zugleich in der Lage, den Verkehr selbst zu manipulieren, weil es hier an den notwendigen Sicherungsklauseln fehlt. Was sich hier anbahnt, läuft auf eine Subventionierungspolitik gegenüber der DDR hinaus.

■ KOALITION

Der blinde Eifer des Herrn Pawelczyk

Die Nordatlantische Versammlung, die parlamentarische Vertretung der NATO, hat auf ihrer Sitzung in der letzten Woche in Ottawa einen Antrag des SPD-Bundestagsabgeordneten Pawelczyk in großen Teilen abgelehnt oder erheblich verändert.

In diesem Antrag des sozialdemokratischen Wehrexperthen ging es einerseits um eine Bewertung der Wiener MBFR-Verhandlungen über einen Truppenabbau in Europa, andererseits um Vorschläge an die Adresse der beteiligten Regierungen zur weiteren Prozedur. Die Militärkommission der Nordatlantischen Versammlung mochte sich weder in der einen noch in der anderen Frage die Meinung Pawelczyks zu eigen machen, stellte MdB Willi Weiskirch fest. Um was ging es? Pawelczyk wollte ganz allgemein der „Erkenntnis“ Ausdruck geben, „daß es ein vorrangiges politisches Ziel bleiben muß, die Sicherheit durch Rüstungskontrollmaßnahmen auf niedrigerem militärischem Niveau zu stabilisieren“, und „daß es von höchster Wichtigkeit ist, insbesondere den qualitativen Rüstungswettlauf mit politischen Mitteln abzugrenzen“. Die NATO-Parlamentarier widersetzten sich der in diesem Pawelczyk-Text steckenden Behauptung, daß es so etwas wie einen allgemeinen „Rüstungswettlauf“ gebe. Tatsächlich ist es ja doch die UdSSR, die das Rüstungsniveau in die Höhe schraubt und den Westen zu Gegenmaßnahmen zwingt. Im NATO-Text werden darum „gleich-

gewichtige Rüstungskontrollmaßnahmen auf der Basis unverminderter Sicherheit“ und politische Maßnahmen gegen die „quantitative und qualitative Aufrüstung des Warschauer Paktes“ gefordert.

Die von Pawelczyk festgestellte „prinzipielle Annäherung der MBFR-Standpunkte von NATO und Warschauer Pakt“ vermochten die NATO-Abgeordneten nach mehr als einem halben Dutzend ergebnisloser Verhandlungsjahre nicht zu entdecken; sie wurde aus dem Text gestrichen. Und gestrichen wurde auch der Ratschlag des SPD-Abgeordneten an die Regierungen, „auf hoher politischer Ebene“ einen Kompromiß für ein erstes MBFR-Abkommen zu suchen. In der Nordatlantischen Versammlung herrscht die Meinung vor, daß die Sowjets in Wien Farbe bekennen müssen.

Bundesregierung drückt sich um Steuerentlastungsgesetz

Der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hansjörg Häfele richtete eine mündliche Anfrage an die Bundesregierung, warum sie das am 19. Oktober 1979 vom Bundesrat verabschiedete Steuerentlastungsgesetz 1980, welches die heimlichen Steuererhöhungen des Jahres 1980 verhindern will, bisher dem Deutschen Bundestag nicht vorgelegt habe und wann sie dieses Gesetz dem Deutschen Bundestag vorlegen werde. Häfele meint, der Bundesregierung dürfe das Alibi nicht gestattet werden, durch dreimonatigen Zeitablauf das Steuerentlastungsgesetz 1980 gleichsam sich selbst erledigen zu lassen. Die Bundesregierung sollte vielmehr unverzüglich alles tun, um die Preissteigerungen, welche sich in der Lebenshaltung 6% nähern, nicht zum Treibsatz für unver-

nünftige Lohn- und Gehaltsbeschlüsse werden zu lassen. Dazu sei es erforderlich, die heimlichen Steuererhöhungen zu verhindern, welche 1980 unheimlich zu werden drohten.

Die SPD vernachlässigt die Landbevölkerung

Aus der Berichterstattung der Bundespost im Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen über die Postversorgung auf dem Lande geht hervor, daß die stationären Poststellen auf dem Lande durch fahrbare Postschalter ersetzt werden sollen. Hierzu erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Franz Sauter folgendes: Die Argumentation der SPD/FDP-Regierungskoalition, die stationären Poststellen seien zu teuer und die Bevölkerung erledige ihre postalischen Geschäfte sowieso am Ort des Arbeitsplatzes, ist beklagenswert. Auf diese Weise werden unsere Dörfer immer mehr zu reinen Wohnsiedlungen, in denen keine Dienstleistungen mehr angeboten werden. Der Bahnhof ist bereits meist aufgelöst, ebenso die Schule. Einkaufsläden und Arbeitsplätze werden immer seltener. Dieser Entleerung des ländlichen Raumes müssen wir entgegenwirken. Ein Festhalten an den bestehenden stationären Poststellen bedeutet einen Schritt in der positiven strukturellen Entwicklung der ländlichen Gebiete. Genau das scheint die Bundesregierung nicht zu wollen.

Bonn nimmt mal wieder Rücksicht auf SED-Genossen

Wolfgang von Geldern, MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Schutz der Küste“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, macht darauf aufmerksam, daß Weser und Elbe „kritisch belastet“ sind und Tag für Tag ungeheure Mengen chemischer Abfallprodukte aus der DDR in

das Wattenmeer vor der deutschen Nordseeküste führen.

Auf mehrere Anfragen im Deutschen Bundestag hatte die Bundesregierung seit 1977 in Aussicht gestellt, die Umweltschutzproblematik in den innerdeutschen Gesprächen nicht nur vorrangig anzusprechen, sondern bald zu lösen. Bis heute ist nichts Positives geschehen, im Gegenteil, die Rolle der DDR als Umweltverschmutzer Nr. 1 auf bundesdeutschem Gebiet ist noch unerträglicher geworden. Die stereotypen Hinweise der Bundesregierung, die „Verhandlungen“ mit der DDR dürften nicht gestört werden, erscheinen inzwischen als Manöver zur Vermeidung dieser Diskussion, die den SED-Genossen unbequem werden könnte.

Jusos: Zahlreiche Übertritte zu den „Grünen“

Der Bundesvorstand der Jungsozialisten rechnet mit einer Austrittswelle aus der SPD, falls bei dem Anfang Dezember in Berlin stattfindenden sozialdemokratischen Bundesparteitag die Kernenergie-Befürworter eine klare Mehrheit erhalten sollten. Nach einer Schätzung der Juso-Spitze ist bei einem entsprechenden Votum zu erwarten, daß etwa 1 000 Mitglieder der SPD Nachwuchsorganisation die Partei verlassen und zu den „Grünen“ übergehen werden.

Nach Einschätzung der Jungsozialisten wächst innerhalb der SPD-Linken die Enttäuschung über die bisherige Energiepolitik der Bundesregierung, die den weiteren Ausbau der Kernenergie für unverzichtbar hält. Aus den vorliegenden Berichten gehe hervor, daß zahlreiche örtliche Juso-Arbeitsgemeinschaften bereits „absprungbereit“ seien, um geschlossen in die Partei der „Grünen“ einzutreten.

■ ANALYSE

Die SPD befindet sich mitten in einer tiefen Identitätskrise

Generalsekretär Heiner Geißler hat auf einer Pressekonferenz in Bonn eine 50 Seiten umfassende Analyse zur Strategie und zum Selbstverständnis von SPD und FDP vorgelegt. Diese Analyse wurde von der Hauptabteilung Politik im Konrad-Adenauer-Haus erstellt und wird demnächst als Broschüre herausgegeben.

In der Pressekonferenz sagte Heiner Geißler: Für SPD und FDP ist Regierung zum Selbstzweck geworden. Die politischen Konfliktlinien verlaufen mitten durch diese Koalition und durch die Koalitionsparteien. Eine Regierung aber, die sich, in wichtigen Fragen zerstritten, auf Machterhalt statt auf Politik konzentriert, ist handlungsunfähig und außerstande, die Zukunftsprobleme unseres Landes zu lösen.

Die Strategie von SPD und FDP ist in ihren Grundzügen bereits heute erkennbar. „Es geht uns ja ganz gut.“ Das ist die wichtigste Losung von SPD und FDP, mit der sie wieder die Mehrheit der Wähler hinter sich bringen wollen. Damit soll das Fehlen jeder Zukunftsperspektive ersetzt und das Ergebnis von zehn Jahren ausschließlich verwaltender Politik der Koalitionsparteien als gute Leistung hingestellt werden. Die Koalition schreckt trotz schlechter eigener Leistungen nicht einmal davor zurück, die Opposition als Angstmacher

und als Sicherheitsrisiko zu denunzieren.

Die tatsächliche Lage zeigt hingegen folgendes: Die SPD befindet sich in einer tiefen Identitätskrise, die auch von führenden Vertretern in den eigenen Reihen nicht mehr geleugnet wird. „Die Leute wissen nicht mehr so recht, warum sie für die Sozialdemokraten arbeiten“ (Eppler). „Die SPD steht mitten in einer tiefen Identitätskrise“ (J. Strasser). „Ergebenheit und Unzufriedenheit dominieren“ (H. O. Bäumer).

Peter Glotz beklagte vor wenigen Tagen auf einem SPD-Forum das „Zurück-schrumpfen des wertbezogenen Godesberger Ansatzes auf einen traditionslosen Ökonomismus“. „Einer der Kardinalfehler der Sozialdemokratie nach Godesberg“, so Glotz, „ist die Abweisung der Sinnfragen in die isolierte Privatsphäre.“ „Orientierungslosigkeit“ und „Kanzlerwahlverein“ sind Vokabeln, die in der innerparteilichen Diskussion der SPD die Runde machen.

Die Erfolge im kurzfristigen Krisenmanagement, die sich Helmut Schmidt als Verdienst anrechnet, werden selbst von seiner Partei als nicht ausreichende Antworten auf die Probleme der 80er Jahre erkannt. Der Mangel an Wertorientierung und Zukunftsperspektive läßt sich nicht länger verschleiern. Peter Glotz spricht in seinem „politischen Tagebuch“ von einem „bewußt abge-

magerten Politikbegriff“ des Kanzlers. Tatsächlich ist kaum ein größerer Gegensatz denkbar als jener zwischen dem messianischen, moralistisch verkündeten Politikverständnis eines Willy Brandt und dem des Verwalters Helmut Schmidt.

Die doppelzüngige Politik à la Brandt und Schmidt

Die Politik Brandts bot Perspektiven ohne Problemlösungen; Helmut Schmidt steht für kurzfristige Problemlösungen ohne Perspektive. „Was fehlt, ist eine politische Gesamtidee, ein Ziel für das es sich lohnt, zu leben und zu streiten“, so der stellvertretende Jusovorsitzende Willi Piecyk.

Die SPD versucht, aus der Not eine Tugend zu machen und ihre inneren Widersprüche als breit angelegtes politisches Angebot zu vermarkten. Helmut Schmidt kommt dabei die Rolle zu, mediengerecht Problemlösungsfähigkeit zu demonstrieren. Willy Brandt ragt als politisches Fossil aus der Ära des Reformüberschwangs in die Gegenwart hinein und versucht gemeinsam mit Erhard Eppler, jene Kräfte an die Partei zu binden, die sonst vor dem kühlen Krisenmanagement Schmidts Zuflucht bei den Grünen suchen müßten.

Es ist dies eine doppelzüngige, eine unehrliche Politik. Aber diese Strategie verspricht der SPD so lange Erfolg, als den einzelnen Gruppen die inneren Widersprüche und Konsequenzen einer solchen Politik nicht offenbar werden. Sie muß aber versagen, wenn etwa den Stammwählern der SPD aus der Arbeitnehmerschaft die Konsequenzen der Epplerschen Energiepolitik für ihre eigenen Interessen deutlich werden.

Die SPD steht vor einem unlösbaren

Dilemma: Ringt sie sich zu Entscheidungen durch, werden viele ihrer Versprechungen unglaubwürdig, hält sie in entscheidenden Fragen an ihrem Schwebezustand fest, wird ihre mangelnde Entscheidungsfähigkeit offenbar; ihre eigene „Unregierbarkeit“ führt dann zu einer Unregierbarkeit von Staat und Gesellschaft. Die Täuschungsmanöver und Formelkompromisse können das Dilemma nicht lösen, sondern allenfalls vorübergehend kaschieren. Sie sind mitverantwortlich für die labile Politik dieser Regierung, für eine Politik, die beim Bürger immer stärker an Glaubwürdigkeit verliert.

Schon mit dem schillernden Reformbegriff Willy Brandts verbanden die verschiedenen politischen Kulturen innerhalb der SPD (Stammwähler aus der Arbeiterschaft, soziale Aufsteiger, Idealisten, Linke aus der Protestgeneration usw.) sehr unterschiedliche Erwartungen. Mit Ausnahme der extremen Linken konnten diese Erwartungen durch Verteilung des Vorhandenen und Verpfändung der Zukunft (Verschuldung!) zumindest teilweise erfüllt werden. Den Mangel an Konzepten für die Probleme der Zukunft überspielt die SPD durch linke Parolen aus der Vergangenheit.

Konflikte mit den Gewerkschaften drohen

Im Orientierungsrahmen '85 und zuletzt im Europawahlprogramm hat die an den Konflikten des 19. Jahrhunderts orientierte Linke entscheidende Terraingewinne verbuchen können. Die SPD sucht ihre verlorengegangene Identität in einer Rückwendung zur Klassenpartei. Sie erhebt Forderungen für morgen auf der Grundlage der Welt von gestern. Dabei versucht sie, die Gewerkschaften als Bündnispartner für

die Durchsetzung sozialistischer Ziele zu gewinnen: auf diese Weise gefährdet sie die Identität der Einheitsgewerkschaft. Mit der Anlehnung an die Gewerkschaften wird die SPD ihre eigenen Probleme nicht lösen und den Gewerkschaften neue Probleme schaffen. Schon zeigen sich die neuen Konfliktlinien dort, wo die Konzepte der Wachstumskritiker à la Eppler und die Interessen der Gewerkschaften zusammenstoßen.

Die SPD ist von ihrer programmatisch-geistigen Substanz her nicht in der Lage, politische Konzeptionen zu entwerfen, die die unterschiedlichen Strömungen über bloße Leerformeln hinaus integrieren und den Weg in eine sichere Zukunft weisen. Ohne Perspektive für die Zukunft wird sich die SPD — ein Treppenwitz in ihrer Parteiengeschichte — dem Wähler als die Partei der Bewahrung des Bestehenden vorstellen.

Nach dem Katzenjammer der Reformeuphorie sieht sie ihre Bestimmung in der möglichst reibungslosen Verwaltung der Krisen. Der Zeithorizont ist durch den nächsten Wahltermin bestimmt, Politik findet nur mehr als Machterhalt statt.

FDP kann die Probleme der Zukunft nicht lösen

Von der FDP sind Antworten auf die Probleme der Zukunft ebenfalls nicht zu erwarten. Zu sehr ist sie mit der Suche nach der eigenen Identität beschäftigt, ist sie zu politischen Neuerungen unfähig. Ihre politische Mitte sucht sie in der Rolle des Bremsers zu finden, indem sie sich zugleich als Regierung und als Opposition in der Regierung darstellt. In ihrer politischen Wunschwelt sieht sich die FDP als eigen-

ständige politische Kraft, die die liberale Geisteshaltung gegen Konservatismus und Sozialismus vertrete.

Die FDP konserviert ein Links-Rechts-Schema in der Politik, in dem sie selbst die Mitte besetzt. Zusätzlich wird sie versuchen, sich den Wählern, die der lärmenden Konfrontation überdrüssig sind, als die Kraft der Mäßigung und der besseren politischen Manieren darzustellen. Bei dieser Strategie kann sie auf inhaltliche Aussagen weitgehend verzichten, die entweder ihre Bindung an die SPD offenbaren oder Koalitionskonflikte auslösen würden.

Koalition nur noch ein Machtkartell

Die Analyse zeigt, daß es auf allen Ebenen allein der Wille zum Machterhalt ist, der diese Regierung und die sie stützenden Parteien zusammenhält. Eine weiterreichende Perspektive ist nicht erkennbar. In der vorliegenden Analyse werden die Konflikte und Widersprüche in ausgewählten Bereichen der Politik dokumentiert. Das Spektrum reicht von der Wirtschafts- und Energiepolitik über die Sozialpolitik zur Deutschlandpolitik und zur Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Dokumentation führt den Nachweis, daß in allen wesentlichen Bereichen der Innen- und Außenpolitik die Gegensätze zwischen den verschiedenen Positionen nicht überbrückbar sind. Eine uneinige, unberechenbare und handlungsunfähige Koalition ist den Herausforderungen der 80er Jahre nicht gewachsen.

Als Kartell der Macht bilden SPD und FDP eine Regierung des Status quo. Bar neuer Ideen und politischer Vitalität hat sie ihre Zukunft bereits hinter sich.

■ LANDESPARTEI BERLIN

Ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Bürger

Ungewöhnlich lebhaft Auseinandersetzungen brachte der 63. Landesparteitag der Berliner CDU am 2. und 3. November in der Kongreßhalle. Mit der Wiederwahl fast des gesamten Landesvorstandes mit Peter Lorenz als 1. Landesvorsitzenden — lediglich zwei Beauftragte hatten nicht wieder kandidiert — zeigte die Berliner Union bei aller Kritik in Einzelfragen zugleich, daß die derzeitige Führung über eine große Mehrheit in der Partei verfügt.

Das gilt auch für Richard von Weizsäcker, dem nach seiner Grundsatzzrede und nach seiner Nominierung zum Listenführer der Berliner Bundestagskandidaten für 1980 stehend Ovationen bereitet wurden.

Zum Verlauf des Parteitages erklärte der geschäftsführende Landesvorsitzende Eberhard Diepgen, die Union habe Parteiprobleme aufgearbeitet, die sich für sie durch das Verbleiben in der Opposition trotz des großen Wahlerfolges sowie durch zahlreiche personelle Entscheidungen des letzten halben Jahres ergeben hätten. Diepgen sieht in den hohen Mehrheitsentscheidungen sowohl bei den Vorstandswahlen als auch bei der Kandidatenaufstellung für den Deutschen Bundestag ein Zeichen für die innere Stabilität der Union. Er betonte, es gebe weder einen Weizsäcker- noch einen Lorenzflügel, weder

einen Grundwerte- noch einen Pragmatikerflügel, sondern lediglich die Union als große Volkspartei mit einem breit angelegten Meinungsspektrum.

Den Auftakt zu der für CDU-Parteitage ungewöhnlich lebhaften Diskussion hatte Peter Lorenz selbst gegeben. In der unmittelbar vor dem Parteitag erschienenen Ausgabe der „Berliner Rundschau“ hatte er lebhaft Kritik an den innerparteilichen Grabenkämpfen geübt, für deren Art der Austragung der Bürger kein Verständnis habe. Lorenz betonte, Bürgernähe bedeute nicht in erster Linie Selbstdarstellung der Partei vor dem Bürger, sondern das offene Ohr für die Sorgen und Nöte des kleinen Mannes. Wenn es gelinge, diesen berechtigten Anspruch des Bürgers wieder stärker in die Parteiarbeit einzubringen, dann habe die Union gute Chancen, bei den nächsten Abgeordnetenhauswahlen in Berlin die absolute Mehrheit und damit die Voraussetzung für die Übernahme der Regierungsverantwortung zu erringen.

Nachdrücklich geißelte Peter Lorenz die Rolle der Berliner FDP, die zwar lediglich acht Prozent der Wähler repräsentiere, aber durch ihre Rolle als Zünglein an der Waage dem Senat praktisch ihren Willen aufzwinge. Lorenz wörtlich: „Es gibt nicht wenige politische Positionen, in denen CDU und SPD übereinstimmen, aber dann wird in dieser Stadt nicht das gemacht,

was die Vertreter von 87 % der Wähler für richtig halten, sondern was die Vertreter von 8 % der Wähler gerade meinen. Das aber ist eine Praxis, die die Demokratie eigentlich nicht wollen kann: die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit.“

Richard von Weizsäcker hieb in seinem — sehr grundsätzlich gehaltenen — Referat in dieselbe Kerbe: „Die FDP-Führung ersetzt Kontur durch Agilität. Sie möchte alle Vorteile zugleich beanspruchen. Einerseits wirbt man mit dem Amtsbonus der Regierung. Andererseits opponiert man und gibt sich salon-alternativ.“

Weizsäcker betonte, der Wind blase allen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien ins Gesicht. Der Rückgang der emotionalen Bindung der Wähler an die herkömmlichen Parteien zeige aber nicht nur Unruhe, sondern auch gesunden Instinkt für vorhandene Schwächen. Weizsäcker kritisierte, daß die Parteien ihre meiste Energie für die gegenseitige Demontage verwendeten. Gerade in Berlin aber gebe es in stei-

gendem Maße Schwierigkeiten, die sich nur gemeinsam lösen ließen.

In einer Analyse der Ost-West-Beziehungen betonte Weizsäcker, die Phase des geminderten äußeren Drucks auf Berlin mache die politischen Aufgaben eher schwieriger. Es gehe jetzt um die innere Kraft der erfolgreich verteidigten Freiheit. Sie gelte es zu mobilisieren, wenn Berlin nicht „unwiderruflich zum politischen Sozialfall der westlichen Welt werden“ solle.

Der Sowjetunion hielt Weizsäcker vor, sie setze das in den letzten zehn Jahren entstandene Beziehungsgeflecht zwischen Ost und West ein, um den politischen Spielraum des Westens „gerade dort einzuengen, wo eine sinnvolle Entspannung ihre Grundlage hat, nämlich im sicherheitspolitischen Gleichgewicht der Kräfte“. Am Beginn der achtziger Jahre wolle die Sowjetunion die Rechnungen der siebziger Jahre präsentieren.

Abschließend appellierte Richard von Weizsäcker an die Mitglieder der Union, sich der geistigen Auseinandersetzung zu stellen, die orientiert sein müsse an den Grundfragen des Menschenbildes und des Lebenssinnes. Das Phänomen der verschiedenen alternativen Bewegungen zeige unter anderem auch, daß sich die menschliche Natur auf die Dauer nicht vergewaltigen lasse. „Wo die Technik überhandnimmt, wird die Natur gesucht. Auf eine Welt, die die Werte des Habens überbetont, folgt die Suche nach den Werten des Seins.“

Weizsäcker äußerte sich zuversichtlich, daß es genügend ungenutzte gute Kräfte innerhalb und auch außerhalb der Union gibt, die bereit und notwendig seien, bei der Lösung der Probleme in sachlicher Arbeit zu helfen. Sie gelte es jetzt zu mobilisieren.

RCDS nach wie vor einziger Unions-Studentenverband

Zu der Gründung eines „Ringes Freiheitlicher Studenten“ in Bonn ist festzustellen: Für CDU und CSU ist der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) der einzige Studentenverband, der mit Unterstützung der Unionsparteien an den Hochschulen christlich-demokratische Politik vertritt. Weitere politische Studentenverbände können sich auf die Unionsparteien nicht berufen. Der „Ring Freiheitlicher Studenten“ hat keine Legitimation, im Namen der Union zu sprechen und aufzutreten.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Schon röteln die Grünen

Auf dem Vorbereitungskongreß in Offenbach hatte bei der Programmdiskussion praktisch jedermann Rede- und Stimmrecht.

Dem Kongreß lagen zwei unterschiedliche Entwürfe für eine Programm-Präambel der neuen Grünen Partei vor. Der eine war von einer Programmkommission erarbeitet worden. Eine in Darmstadt tagende Konferenz der Bunten und Alternativen jedoch hatte diesen Präambel-Entwurf einer Änderung in ihrem Sinne unterzogen. Hier ist bereits Regie am Werk.

Hier gärt nichts mehr. Hier werden nach und nach die Geschäftsgrundlagen der Volksbewegung verändert. Gruhl und der ökologische Flügel hatten die Gewaltfreiheit als oberstes „Prinzip“ der Bewegung postuliert. Im Darmstädter Entwurf jedoch ist der Satz

aus dem Kommissionsentwurf: „Gewaltfreiheit gilt uneingeschränkt und ohne Ausnahme zwischen allen Menschen und der Gesellschaft als Ganzem auch zwischen Volksgruppen und Völkern“ einfach gestrichen. Statt dessen beginnt der Abschnitt „Gewaltfreiheit“ gleich mit dem einschränkenden Satz: „Wir verteidigen das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen.“

Ganz deutlich wird die Wendung von der Volksbewegung zur Klassenpartei an der Stelle, wo die Präambel von der „Opfern“ dieser Gesellschaft und ihrer Politik spricht. Daß schließlich im Darmstädter Text plötzlich wütende Passagen gegen Berufsverbote, Schnüffelpraxis, Polizei und Verteidigerüberwachung auftauchen, kommt einem schon beinahe selbstverständlich vor.

Es geht für die Grünen also gar nicht mehr darum, sich gegen eine etwa noch bevorstehende Unterwanderung durch Kommunisten abzugrenzen. Sie sitzen schon drin.

Die Welt, 6. November 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. **Vertrieb:** Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UjD